

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7¼ Sgr., in Berlin bei allen Filialungs-Expeditionen incl. Post: 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstr. 34, 4½ Sgr. Inzerate die Zeile 3 Sgr.

Mit dieser Nummer schließt die „Verfassung“ das erste Quartal 1865. Die Redaktion beifügt von den Lesern das Zeugnis zu erhalten, daß sie nach Kräften bestrebt war, das gesteckte Ziel im Auge zu behalten. Treu demselben, wird unser Blatt auch fernerhin in volksthümlicher und leicht faßlicher Weise alle unser gesamtes Staatsleben berührenden Fragen im Sinne der entschiedenen liberalen Partei besprechen. Es wird von Berlin aus regelmäßig jeden Donnerstag Abend verfaßt, so daß es auch in den entferntesten Gegenden unseres Vaterlandes am Sonnabend Abend in den Händen unserer Abonnenten sein kann. Wir bitten unsere Leser, ihr Abonnement möglichst rechtzeitig bei den Postanstalten anzumelden, da nur in diesem Falle die ununterbrochene Lieferung des Blattes gesichert ist und bei späteren Anmeldungen die vollständige Nachlieferung der erschienenen Nummern nicht versprochen werden kann.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen preussischen Postanstalten 4½ Sgr., bei den übrigen deutschen Postanstalten 7¼ Sgr.; in Berlin in der Expedition, Mohrenstr. Nr. 34, 4½ Sgr., bei sämtlichen Zeitungs-Expediteuren 6 Sgr. Einzelne Nummern 6 Pf. Inzerate, welche bei der großen Auflage des Blattes (gegen 8000 Exemplare) im ganzen Lande Verbreitung finden, die gespaltene Petitzeile 3 Sgr., bei öfterer Wiederholung wird ein angemessener Rabatt bewilligt.

Ueber etwaige Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes ersuchen wir bei dem betreffenden Expediten oder der betreffenden Postanstalt Beschwerde zu führen, da von hier aus unser Blatt regelmäßig verandt wird.

Unsere Finanzverwaltung.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat einen sehr genauen und ausführlichen Bericht erstattet über die Staatseinkünfte und die Ausgaben für das Jahr 1865 in Aussicht stellt, und über die Staatseinkünfte, die sie für dasselbe Jahr von den Abgeordneten bewilligt haben will. Bei Erörterung jener Sachverhalte und dieser Forderungen hat die Kommission zugleich gezeigt, daß mit dem Vorkommen derselben schon seit 1849 nicht so umgegangen ist, wie sie meint, daß es nach den Regeln einer guten Wirtschaft eidenen sollte. Sie hat gezeigt, daß die Steuern und Ausgaben und zugleich die Schulden ganz unersichtlichmäßig gestiegen sind, und daß man das gesteigerte Einkommen nur in sehr geringem Maße für Einrichtungen verwandt hat, durch welche die Zahlungsfähigkeit des Volkes vermehrt, nicht aber vermindert wird. Im Gegensatz, die Erhöhung der Staatseinkünfte ist vorzugsweise nur dem schenkenden Geiz zu Gute gekommen, besonders seit 1859 und 1860, wo man die Militärreorganisation anging. Man hat so viel Geld wie möglich für eine möglichst große An-

zahl von Kriessfeldaten ausgegeben, ohne zu beachten, daß die Vermehrung der Soldaten sich immer nur auf das Notwendige beschränken darf. Denn je mehr Soldaten, desto weniger Arbeiter; je weniger Arbeiter, desto weniger Einkommen von Ackerbau, Gewerbe und Handel; und je weniger Einkommen wir in unserer Wirtschaft und in unseren Einnahmen haben, desto größer wird der Druck, den die wachsenden Steuern und Abgaben auf unsere Schultern legen.

Doch sehen wir uns die hauptsächlichsten Zahlen an. Im Jahr 1849 bezahlten wir (die Salzsteuer ungerchnet) an sogenannten indirekten Steuern, also an Zöllen, Stempelsteuer, Mißbrauchssteuer, Waisch- und Malz-, Schlacht- und Maßsteuer, zusammen 28 Millionen Thaler. Aber 1865 sind 37 Millionen veranlagt, also 9 Millionen mehr. Von direkten Steuern bezahlten wir im Jahre 1849 an Grundsteuer und Steuern von anderen Eigenschaften 10,300,000 Thlr.; 1865 dagegen sollen wir 13,000,000 Thlr. Grund- und Grundsteuer bezahlen, also 3 Millionen und 300,000 Thlr. mehr. Ferner bezahlten wir 1849 an Klassensteuer

7½ Million Thaler; aber 1865 sollen wir 9½ Million und dazu die Einkommensteuer von beinahe 3½ Million, also im Ganzen etwa 5¼ Millionen Thaler mehr bezahlen. Dazu kommt noch die neue Eisenbahnabgabe mit mehr als 1 Million Thaler.

Wir sehen, daß seit 1849 die Staatseinnahmen nur aus den von uns aufgezählten direkten und indirekten Steuern allein um etwa neunzehn Millionen Thaler erhöht worden sind. **Neunzehn Millionen Thaler machen mehr als fünf Thaler durchschnittlich für jeden Familienvater.** Aber trotz dieser Erhöhung hat die Regierung nicht etwa die Staatsschulden vermindert, nein, sie hat dieselben seit 1848 (abgesehen von 99 Millionen für Eisenbahnen und Staatsbahn) noch um 39 Millionen Thaler erhöht. Die früheren Regierungen haben dagegen ganz anders gewirtschaftet. Sie haben bei viel geringeren Einkünften und bei einem geringeren Wohlstande des Volkes in den Jahren von 1820 bis 1848 nicht etwa Schulden gemacht, sondern sie haben baare vierundachtzig Millionen Thaler Schulden abbezahlt.

Fragen wir nun, wogu alle die erhöhten Steuern und Abgaben und besonders auch die jüngste Erhöhung an Grund- und Gebäudesteuer benutzt werden sind, so bekommen wir eben keine andere Antwort als die: nun, doch vor allen Dingen zur Erhöhung des Militäretats. Das zeigt sich besonders, wenn wir die Zeit kurz vor der Reorganisationszeit mit der Zeit nach derselben vergleichen.

Wir schließen voraus, daß die eigentliche Staatsverwaltung in neun Abteilungen nach den verschiedenen Ministerien fällt, nämlich in die Verwaltungen 1) der auswärtigen Angelegenheiten, 2) der Finanzen, 3) des Handels, der Gewerbe und der öffentlichen Arbeiten (Häfen, Kanäle, Eisenbahnen, Landstraßen u. s. w.), 4) der landwirtschaftlichen Angelegenheiten, 5) der Justiz, 6) des Innern (einzelne Regierungen, Landräthe, Polizei u. s. w.), 7) der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, 8) der Armee, 9) der Flotte. Dazu kommen als zehnte Abtheilung noch die dem gesammten Staatsministerium obliegenden Verwaltungen. Nun waren die Kosten aller dieser Verwaltungen im Jahre 1858 auf etwas über 73½ Millionen Thaler veranschlagt. Davon kamen auf das Kriegs- und Marineministerium allein beinahe 38 Millionen und auf alle übrigen Zweige der Staatsverwaltung nicht viel über 40½ Million. Das war schon außerordentlich viel. Aber noch viel größer sind die Ausgaben für das Jahr 1865. Sie sollen nämlich um volle 13½ Million gegen 1858 erhöht werden. Und von dieser ganzen großen Summe soll den acht nichtmilitärischen Verwaltungszweigen wenig mehr als 2 Millionen, dem Landheere dagegen fast 10 Millionen und der Flotte, die dessen allerdings sehr bedarf, etwas über 1½ Millionen zugewendet werden. Es soll also von der Gesamtsumme von etwas über 87 Millionen mehr als die Hälfte, nämlich mehr als 44 Millionen, einzig und allein für die Militärverwaltung ausgegeben werden. Und dabei ist auch nicht ein einziger Pfennig zur

Erhöhung des gänzlich unzureichenden Soldes der Gemeinen und Unteroffiziere bestimmt. Indes schweigen wir für jetzt über diese und noch andere Unzulänglichkeiten bei dem Militäretat. Wir schweigen auch über die ganz unzulänglichen Summen, die für die Volksschulen, für Förderung des Ackerbaues, für die dringenden Bedürfnisse des Handels und der Gewerbe, für Stromregulirungen, Wegebauten und dergleichen, ausgeworfen sind. Wir wollen die kaum berückichtigte Noth der Lehrer und der Beamten, besonders der Subalternbeamten, nicht weiter schildern. Wir wollen vielmehr mit alle dem bis dahin warten, daß bei der eigentlichen Beratung des Staatshaushaltsetats für 1865 alle diese Punkte im Einzelnen erörtert worden sind.

In der That genügen auch die von uns angeführten, aus amtlichen Angaben geschöpften Zahlen vollkommen, um jeden Unbefangenen davon zu überzeugen, daß, entgegen der früheren Finanzwirtschaft in Preußen, jetzt mit dem Steigen der Einnahmen aus den Steuern fast nur die Ausgaben für das Militär und die Schulden gewachsen sind. Es versteht sich von selbst, daß diesem, von Jahr zu Jahr wachsenden Uebel schließlich abgeholfen werden muß, wenn das Land nicht über kurz oder lang zu Grunde gerichtet werden soll. Wir müssen darum vor allen Dingen nach dem Grunde des Übels suchen.

Freilich ist man leicht bei der Hand, zu sagen, daß die Regierung nicht allein Schuld ist, sondern eben so die früheren Abgeordneten, und nicht bloß die konservativen, sondern eben so die liberalen. Gätten die nicht bis in das Jahr 1861 hinein den Forderungen der Regierung, bald mit, bald ohne Sträuben, nachgegeben, so würde, sagt man, es nie so weit gekommen sein, wie es leider jetzt gekommen ist. Auch wir loben jene Nachgiebigkeit nicht; aber seit dem Ende des Jahres 1861 haben wir ja Abgeordnete, die den Wünschen der Regierung nicht nachgeben, sondern die immer nur ihrer eigenen Ueberzeugung gefolgt sind. Was ist aber die Folge gewesen? Die Regierung hat sich an den Widerspruch nicht gekehrt. Vielmehr haben die Minister trotz des Artikels 99 der Verfassung die Ausgaben des Staates stets nach ihrem eigenen Ermessen bestimmt. Im ersten Jahre ihrer „budgetlosen“ Regierung, also 1862, schränkten sie sich noch etwas ein und gaben nicht volle 82 Millionen für die gesammte Staatsverwaltung aus. Aber für das Jahr 1865 fordern sie schon mehr als 87 Millionen. Sollen die Abgeordneten ihnen irgend etwas von dem streichen, was sie für durchaus notwendig erklären, nun, so werden die Minister, wie sie schon deutlich genug zu verstehen gegeben haben, auch im vierten Jahre ohne Staatshaushaltsgesetz das Geld des Landes verausgaben. Daraus wird leider Jedermann klar und deutlich erschen, daß für den Augenblick an gar keine Besserung zu denken ist. Die Staatsgeiber, welche das Volk aufbringt, werden ferner so verausgabt werden, wie die Regierung, nicht aber, wie das Volk und seine Vertreter es für notwendig halten. Auch wird die Höhe der Steuern sich womöglich noch steigern; sie

werden möglicherweise erst dann herabgehoben, wenn das Volk durch die gegenwärtige Art der Finanzverwaltung dahin gebracht ist, daß es thatsächlich nicht mehr so viel bezahlen kann, als die Regierung von ihm fordert.

Freilich würde es anders werden, wenn die Abgeordneten ihr jetziges Verlangen durchlegten, wenn nämlich die direkten Steuern nicht jedes Mal in ihrer ganzen Höhe, sondern nur in so viel Monatsraten erhoben werden dürften, als das Abgeordnetenhaus alljährlich im Staatshaushaltsgesetz bewilligt. Aber bei der jetzigen Regierung werden sie das eben nicht durchlegen. Zwar steht der Grund, den der Finanzminister in der Sitzung vom 16. März dagegen anführte, keinesweges im Einklang mit dem Sinn und Zweck der Verfassung. Er sagte nämlich, wenn das geschehe, so hätte das Abgeordnetenhaus es in der Hand, die Regierung finanziell lahm zu legen.“ Freilich hat der Minister Recht, wenn es „finanziell lahm legen“ heißt, daß den Ministern die Macht genommen wird, nach eigenem Ermessen Ausgaben zu machen, die sie der Verfassung gemäß nur mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses machen dürfen. Aber, obgleich sie selbstverständlich gar keinen rechtlichen Anspruch auf eine solche Macht haben, so wollen sie dieselbe sich doch nicht nehmen lassen, und darum werden sie oder ihre gleichgesinnten Nachfolger jene dringende und ihre gleichgesinnten Nachfolger jene dringende notwendige Veränderung unserer Finanzgesetze auch niemals oder erst in einem Augenblicke zugeben, wo sie überdies aufhören müssen, Minister zu sein.

Wann und wie ein solches, für das Land gewiß glückliches Ereignis eintreten wird, das wissen wir nicht. Das aber wissen wir, daß nicht bloß der einzelne Mann, sondern auch ein ganzes Volk immer selbst der Schmied seines Glückes ist.

Politische Wochenschau.

Preußen. Das Abgeordnetenhaus ist noch immer mit der Debatte über den Vorbericht beschäftigt, welchen die Budgetkommission über die Lage der preussischen Finanzen erstattet hat. Es haben jetzt endlich der Finanzminister, der Kultusminister und der Kriegsminister gesprochen. Jeder derselben hat die Anträge, welche die Kommission an ihren Bericht geknüpft hat, auf das Unschicklichste zurückgewiesen. Der Finanzminister hält den Zeitpunkt nicht für geeignet, eine Verminderung der Steuern eintreten zu lassen, und außerdem bestreitet er das Drückende der Steuern, welche das preussische Volk jetzt zu tragen hat. Der Kultusminister wies ebenso die Angriffe zurück, welche von einer zu geringen Berücksichtigung des Unterrichtswezens sprachen, obgleich es schwer sein dürfte zu beweisen, daß das Gehalt unserer Volksschullehrer ein ausreichendes ist. Der Kriegsminister tritt von Neuem als der entschiedene Verteidiger des Reorganisationsplanes auf, und betonte mit aller Schärfe, daß die Regierung an demselben in allen Punkten, also auch in Bezug auf die Dauer der Dienstzeit festhalten werde. Die Ausführungen der Minister wurden sehr eingehend an den Rednern der Mehrheit der Volksvertretung widerlegt, am schlagendsten aber hat der Kriegsminister seine Ausführungen im Ganzen durch seine Auslassungen in der Militärkommission selbst widerlegt. In dieser hat er angedeutet, daß man an Vorschläge denken könne, um die Einführung der zweijährigen Dienstzeit möglich zu machen. Er hat sich leider

nicht näher darüber ausgesprochen, welches diese Bedingungen sind, so daß wir uns auch kein Urtheil darüber erlauben können, ob auf Grund derselben eine Beendigung unserer Verfassungskonfliktes zu erwarten steht.

In den letzten Tagen war von einer bevorstehenden Veränderung im Ministerium die Rede. Man sprach davon, daß Graf Gulewicz nach dem Schluß des Landtages von seinem Posten zurücktreten werde, und auch der Finanzminister, Herr von Bodelschwing, soll sich nach dem Austritt aus dem Ministerium sehen. Die erste Nachricht wird von den Korrespondenten, welche ihre Nachrichten in dem Pressbüreau empfangen, auf das entschiedenste in Abrede gestellt.

An Stelle des Abgeordneten Müller (Demmin), welcher sein Mandat niebergelegt hat, beabsichtigen die liberalen Wahlmänner des dortigen Kreises den Kreisgerichtsrath von Mittelsdorf in Stettin zu wählen.

Aus der Provinz Preußen treffen fortwährend neue Anzeigen ein, daß die Zahlung der neuen Grund- und Gebäudesteuer verweigert worden sei; auch in Berlin hat ein Hausbesitzer, der Rentier Körber, die Zahlung der Gebäudesteuer verweigert.

Am 17. d. M. hat das Obertribunal zum ersten Male in der Angelegenheit wegen der Stellvertretungskosten für diejenigen Abgeordneten, welche Beamtet sind, zu entscheiden gehabt. Es lagen dem Gerichtshofe — erster Senat, unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Uhden (Referent: Obertribunalsrath Brunnemann) — die Klagen der Abgeordneten Wassenge I. und II., Ahmann, Gelsdorf, Pfänder und Qual vor, die von dem Appellationsgericht Ratibor gegen den Fiskus entschieden waren. Justizrath Rönnebeck vertrat die Nichtigkeitsbeschwerde, Justizrath Dorn die Abgeordneten. Das Obertribunal vernichtete nach zweifundiger Berathung das zweite Urtheil und wies die Kläger ab. Bekanntlich steht noch ein anderer gleicher Fall an, welcher bei dem rheinischen Senat des Obertribunals zur Entscheidung gelangt. Sollte dieser gegen den Fiskus erkennen, so kam die Frage zur Entscheidung vor dem Plenum des Obertribunals angehängt werden.

In Straßburg (in der Ufermark) ist der zum Magistratsmitglied erwählte Herr G. H. Kühn nicht bestätigt worden. Das Obertribunal hat das Urtheil des Königsberger Ostpreussischen Tribunals, welcher den Rechtsanwalt Schulz in Meinel wegen seines Verhaltens bei den letzten Wahlen zu einer Geldstrafe von 150 Thlrn. verurtheilt, bestätigt.

Gegen den Abg. Assessor Fackert ist wegen eines Aufsatzes in den Deutschen Jahrbüchern: „Ueber die Artikel 99, 100 und 109 der preussischen Verfassungs-Urkunde“ die Disziplinar-Untersuchung eingeleitet worden. Wegen desselben Artikels ist schon früher gegen den Verfasser Anklage erhoben worden, doch ist er in der ersten und zweiten Instanz freigesprochen worden.

Die Fortschrittspartei hat einen wackeren Mitkämpfer für Recht und Freiheit verloren: der Rektor Markus in Gumbinnen, der Begründer und frühere Redakteur des Bürger- und Bauernfreundes ist gestorben.

Ein Artikel in den Amtsblättern und der Graf Schwerin.

Wir haben unseren Lesern schon so manche Proben von der ehrlichen Schriftstellerkeit gegeben, deren sich unsere Gegner befeigen. Wir müssen heut von Neuem auf dieses Thema zurückkommen. Aber wir wollen diesmal nicht unsere Ansicht, sondern die Ansicht eines Mannes anführen, dessen politische Anschauung wir vielfach bekämpft haben. Der ehemalige Minister Graf Schwerin hat bei den letzten Debatten, welche im Laufe voriger Woche im Abgeordneten-

hänse haltenden, Gelegenheiten gefunden, sich über diese Art von Schriftstellerei, deren sich einige sogenannte Freunde der Regierung und des Adelsbiums bedienen, zu äußern, indem einige jener Herren sich in „allergnädigster Weise“ erlaubt hatten, angeliche Aeußerungen von ihm als Mittel zur Verächtlichmachung der Wichtigkeit des Abgeordnetenhauses zu gebrauchen. Er hat darüber, nach dem amtlichen stenographischen Bericht, wörtlich folgendes gesagt:

„Meine Herren! Erlauben Sie mir, noch einen kleinen Zugabeversuch zu erlauben, den ich eigentlich vergessen habe, worauf ich aber doch noch ein Wort antworten muß. Es ist mir ein Amtsblatt in die Hand gesteckt worden, in dem ein offizieller Artikel sich befindet, der den Satz enthält:

„Seine Minister, welche der König aus den Reihen der sogenannten liberalen oder freisinnigen Partei gewählt hatte, erklären sichtlich selber, daß die Haltung des Abgeordnetenhauses den Rechten der Krone zu nahe trete und hierdurch das Regieren unmöglich mache.“

Meine Herren! Ich bin gewiß nicht geneigt, die Regierung verantwortlich zu machen für jeden Ausdruck in ihrer offiziellen und offiziellen Presse. Wenn aber ein solcher Artikel in einem Blatt steht, was ausdrücklich ein Amtsblatt ist und was die Regierung zur Aufnahme solcher Artikel zwingt, aus dem Grunde eben weil es ein Amtsblatt ist, so glaube ich, ist doch etwas mehr Gewicht darauf zu legen. Ich bin überzeugt, daß Sie mir nicht fern sein, wo die Regierung einsehen wird, daß eben die Mittheilungen ihrer offiziellen und offiziellen Presse ein größeres Ansehen, ein größeres Hinderniß sind, die Zustimmung des Volkes zu gewinnen, als die anathematische Blasse des Volkes, die der Herr Minister des Innern neulich als ein Hinderniß bezeichnet hat.

Selbst die Aeußerungen gegenüber halte ich mich zu der einfachen Erklärung berechtigt, daß die damaligen Minister eine solche Erklärung nicht abgegeben haben. Es geht dies schon aus dem, was ich vorher gesagt habe, hervor. Sie haben niemals verkant, daß das Abgeordnetenhaus sich seines Rechtes bediene, und wer sich seines Rechtes bedient, versteht bekanntlich nicht die Rechte eines Adern.“

Wir denken, die Herren von der sogenannten „legalen“ Presse werden sich das gesagt sein lassen, und sie werden künftighin in ihren Aufstellungen etwas verständig sein müssen, da es denen, für welche sie zu kämpfen vorgehen, doch unmöglich gleichgültig sein kann, wenn öffentlich vor dem ganzen Volke die Unwahrheit solcher in amtlichen Blättern „zur Belehrung des Volkes“ veröffentlichten Artikeln nachgewiesen wird. Dem Volke aber möge dieser Vorgang aufs neue eine Lehre sein, jene Artikel, die es gleichsam auf Befehl lesen muß, mit der größten Verächtlichkeit aufzunehmen, und den Inhalt derselben sehr sorgfältig zu prüfen. In den meisten Fällen wird eine solche öffentliche Brandmarkung, wie sie hier durch den Grafen Schwerin geschehen ist, gar nicht notwendig sein, da der gesunde Sinn unseres Volkes wohl immer selbst herausfinden wird, wie wenig Glauben jene Artikel verdienen.

Die Größe Preußens.

Die feudale Partei selbst immer für sich allein das Streben, Preußen groß machen zu wollen, in Anspruch zu nehmen. Ueber diesen Gegenstand hat der Abgeordnete Bichow in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. so treffend und klar ausgesprochen, daß wir uns veranlaßt sehen,

den betreffenden Theil seiner Rede nach dem Stenographischen Bericht unseren Lesern mitzutheilen. Er sagte:

„Meine Herren! Wir sehen auf dem Standpunkt, daß es uns eine Herzensangelegenheit ist, Preußen groß und stark zu erhalten. Aber die Regierung täuscht sich, wenn sie glaubt, daß das Volk ein Interesse daran hat, das Preußen, wie es jetzt da ist, als einen Großstaat künstlich zu erhalten; denn daß das künstlich ist, daß das nur in einer gewaltsamen Umgestaltung der Umstände geschehen könnte, und daß das besonders nicht in der Weise dadurch erhalten werden kann, das muß sich doch die Regierung selbst sagen. Meine Herren! So kann das Preußen nicht ewig bleiben wie es ist.“

Wenn Sie also wünschen, daß Preußen ein Großstaat werden soll im strengen und wahren Sinne des Wortes, so müssen Sie nicht dies aus diesem Besitze heraus Ihre Politik gestalten für das Volk, sondern Sie müssen auch den großen, deutschen nationalen Gedanken aufnehmen, und Sie müssen Ihre Einrichtungen in dem Sinne treffen, nicht um das andere Deutschland zu schmerzen, welches den Ihnen gar nicht bequamt sein will, sondern im Gegentheil, um sich mit dem anderen Deutschland so innig zu verbinden, daß dasselbe für uns auch ein Schirm ist, daß wir durch das andere Deutschland bequamt werden. Meine Herren! Der Standpunkt, auf dem Sie sich als Großstaat hinstellen und thun, als könnten Sie das ganze übrige Deutschland unter Ihren Schirm nehmen, und es vor allen anderen Gefahren schützen, diesen Standpunkt erkennt man in Deutschland nicht an.

Man hält das für eine Ueberschätzung, und meiner Meinung nach mit Recht, denn Preußen kann, wie der Ministerpräsident von Bismarck gesagt hat, auf Dauer die Rüstung nicht tragen, welche es hat; es muß also heraus aus der Rüstung. Nun machen Sie doch mit Ihrem Herrschen: die nationalen Einrichtungen, welche es ermöglichen, daß wir das übrige Deutschland an uns heranziehen. Aber meine Herren! wenn man nichts weiter von einem Großstaat zu sagen weiß, als daß Ruhm und Ehre daran haften, — damit können Sie weder die deutsche Nation, noch das eigene Volk befriedigen.

Vor allen Dingen wird es Ihre Aufgabe sein, den Zweck einer Grokmacht zu erfüllen, und dieser Zweck ist nicht so sehr, nach Außen hin gefährdend zu sein, sondern der erste Zweck einer Grokmacht ist der, daß sie ihren eigenen Bürgern einen so selbstständigen Lebens zu lassen vermag, daß innerhalb des Staates die eigentlichen Auitzwecke des Staates: Bildung, Wohlstand und Freiheit gedeihen.

Das ist die Aufgabe des Großstaates. Der Kleinstaat kann das nicht machen, weil er außer Stande ist, nach Außen hin diejenige Selbstständigkeit zu finden, die ihm Eidegenheit giebt, daß die Einrichtungen, die er schafft, dauernd sind. Das kann nur ein Großstaat, und darum ist der Großstaat allein ein Bildung vermittelnder Staat. Aber er muß auch diese Aufgabe wirklich erfüllen und das höchste Ziel, das er sich zu setzen hat, ist nicht das, ein starkes Heer zu schaffen, sondern das ist nur das Mittel zu einem Zweck, zu dem inneren Zwecken, welche die eigentliche Aufgabe des Staates sind. Wenn die Regierung sich einmal mit dem Gedanken erfüllt, sich klar machen möchte, daß Großstaat sein heißt: Diese große, Bildung vermittelnde Aufgabe zu lösen, daß es nicht heißt, nach Außen irgend welchen Druck ausüben auf andere Leute, sondern die anderen Bürger so unabhängig hinstellen, daß Jeder im Staate seine Kräfte so frei entfalten kann wie irgend möglich — dann wird sie auch ein Heer bekommen, so groß als es irgend nöthig ist.“

Mit dem 1. April 1865 beginnt ein neues Abonnement auf die in Berlin im Verlage von Franz Daubler erscheinende

Volks-Zeitung

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Preis vierteljährlich bei allen Königl. Preuss. Post-Anstalten 25 Sgr., bei allen außerpreussischen Post-Anstalten 29 Sgr.

Treu dem Programme, welches sie am ersten Tage ihres Erscheinens aufgestellt, hat die Volks-Zeitung ununterbrochen die wechselnde Herrschaft der Parteien Tag für Tag, Blatt für Blatt gekämpft für das Recht des Volkes, für die getreue Beobachtung der bethörenden Versäufung. Sie hat das Recht des Volkes in dem Wille der Bürger festzuhalten, gehalten, aber sie sucht den herbeizuführen, sondern sie will, indem sie das Volk nach jeder Richtung hin zu belehren sucht, es fähig machen, selbst an der kauernden Bevölkerung seines Landes und seines Vaterslandes zu arbeiten. In diesem Sinne spricht das Blatt die politischen und die sozialen Fragen, in denen hält sie an dem Grundbegriff: „Gott die Welt!“ und die große Wahrheit, welche die Zeitung gefunden, liefert den besten Kern ist, daß die wahre Meinung des Volkes ausreicht. Es hat die Volks-Zeitung gekämpft und in jeder Weise wie der Kampf zwischen für das Recht und das Wohl der menschlichen, die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes. **Entscheidungen aller Art** finden durch die Volks-Zeitung die weiteste Verbreitung und sei sie auch dazu gelegentlich empfohlen.

Das in Gannau jeden Mittwoch und Sonnabend erscheinende

„Gannauer Stadt-Blatt“

erscheint im liberalen Sinne, bringt in jeder Nummer einen politischen, geschichtlichen, literarischen, eine kurze für Jedermann verständliche Uebersicht der Tagesereignisse, provinzielle und lokale Nachrichten sowie Romane und ladet zum Abonnement ergeben ein.

Interesse finden in dem „Gannauer Stadt-Blatt“, welches das weitverbreiteste Blatt im Kreise ist und weit über die Nachbar-Kreise hinaus gelesen wird, in Stadt und Land die weiteste Verbreitung.

Alle königlichen Postanstalten nehmen zu dem vierteljährlichen Abonnementpreise von 7¼ Sgr. Bestellungen an. Gannau.

Die Expedition.

Erneuerungen der Abonnements resp. neue Bestellungen auf die täglich 2 mal erscheinende

Rheinische Zeitung

wolle man möglichst frühzeitig vor Ende des Monats bei der nächsten Post-Anstalt machen, damit in dem regelmäßigen Empfang der Zeitung keine Unterbrechung eintrete.

1. Quartal 1865. Abonnementpreis: bei allen Post-Anstalten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vertrags Thlr. 1. 22. 6, oder 61. 2. 3. R. Angeln: 1¼ Sgr. die Postzelle.

Verlag von W. Kaalen u. Co., Düsseldorf, Breitenstraße 15; Köln, Unter Goldschmidt 66.

Berliner Reform.

Diese täglich in der Stärke von 1½ bis 2 Bogen erscheinende Zeitung, redigiert von Dr. Guido Weiß, vertritt auf politischem Gebiet die Grundzüge und Ansätze der Finken der Fortschrittspartei, mit denen durchgängigen Periodischen sie in Beziehung steht. Auf isolierten Felde widmet sie den Erhebungen zum der Arbeiterwelt eine erste Aufmerksamkeit und vertritt sie am demokratischen Prinzip, nicht vereinigenommen für oder wider irgend einen der Stimmführer der Lage in diesen Tagen. Sie bringt die **Neuigkeiten des In- und Auslandes** in der Schnell- und Vollständigkeit, wie es den jüngsten lokalen Bedingungen eines Berliner Blattes entspricht. Die Zeitung hat es aber auch die wichtigste Reichhaltigkeit der **Berliner Stadtnachrichten** selber an und steht in dieser Beziehung unter den politischen Blättern der Hauptstadt mit in erster Reihe. Die Entwürfe des wissenschaftlichen Lebens und des gewerblichen Fortschritts vertritt sie gewissenhaft und wird vom nächsten Quartal an dieselben zutreffend auch in größeren Bildern zusammenfassen. Für die Unterhaltung vor, in der sie täglich ein Feuilleton, das mit Sorgfalt ausgewählt ist und auch auf die Erfahrungen der Geschichte der Menschheit nimmt. Das Theater ist neben der Arbeit für Nachrichten und politische Berichte, die **Künste und der Handel** finden ihre wichtigsten Ereignisse rezipiert, die **Berliner Vorwandschriften** und die **Korrespondenzen** sind täglich reichhaltig mitgeteilt. Der Umfang dieser Zeitung wird, wie die schon bisher mit der Welt gekämpft, auch weiterhin durch **Karten und Pläne**, die dem Blatt unentgeltlich beigelegt werden, illustriert. Der Preis des Blattes ist täglich den Verbreitungskosten, die es im Auge zu liegt hat, er beträgt bei allen Postanstalten innerhalb des Preuss. Staates vierteljährlich 1 Thlr. 10 Sgr., innerhalb des Oester. Deutschen Postvertrags 1 Thlr. 13 Sgr. In Berlin vierteljährlich 1 Thlr. 9 Sgr., monatlich 13 Sgr., wöchentlich 3 Sgr. incl. Frangirion.

Empfehlen zu gef. Abonnements auf das am 1. April 1865 beginnende neue Quartal.

„Bürger- und Bauernfreund“

beginnt mit dem 1. April ein neues Quartal. Er wird in der alten Form fortgesetzt werden, gedruckt bei Fr. Krausebeck & Sohn, redigiert von John Neuenbach-Wilken, wird auch in jeder Nummer ein Bild bringen.

Seine Aufgabe wird es nach wie vor sein, die freisinnigsten politischen Ansichten in volkstümlicher Sprache zur Geltung zu bringen, als Ploner größeren freisinnigen Wählern den Boden im Volk zu bereiten.

Da wir regelmäßig die Artikel der Provinzial-Korrespondenz und der Anstaltsblätter eingehend besprechen, man's nützlich widerlegen werden, eruchen wir Freunde der Volkfreiheit für weiteste Verbreitung unseres Blattes thätig sein zu wollen.

Er kostet für das Vierteljahr bei Abholung von der Post für Stadt und Land 4 Sgr. 6 Pf., durch den Postboten in's Haus gebracht auf dem Lande 2 Sgr. 6 Pf. mehr.

Interesse finden die weiteste Verbreitung durch ganz Deutschland und wird die gewaltlose Zeile mit 3 Silbergrößen berechnet.

Gumbinnen, im März 1865.

Die Herausgeber:

Büttler-Marienhöhe. Th. Käsbaum-Pudern.

J. Reitenbach-Wilken.

